

WIENER RATHHAUS-KORRESPONDENZ.
Herangezogen und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
20. Jahrg. Wien, Dienstag, 8. Februar 1918. Nr. 47.

Obmännerkonferenz. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Bain fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben erstattete der Bürgermeister vorerst den Bericht über den Stand der Zentralstelle im Rathaus, wonach bis zum 7. Februar an fortlaufenden Unterstützungen 1.831.799 K., an einmaligen Unterstützungen 516.918 K., an Kosten für die Ausspeisung 4.477.922 K. und für Näh- und Strickstuben 855.869 K. bezahlt wurden. An laufenden Unterstützungen sind bisher für 4.007 Personen pro Monat 112.050 K. bewilligt worden. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag beträgt per 7. Februar 235.609. Der Bericht des Oberstadtpfysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Zivilbevölkerung vom 26. Jänner bis 7. Februar besagt, daß der Krankenstand und die Sterblichkeit in der Berichtszeit ziemlich stark gesunken sind. Erkrankungen an Kriegseuchen sind nur vereinzelt vorgekommen.

Der Bürgermeister bringt zwei Statthalter-Erlässe zur Kenntnis, in denen mitgeteilt wird, daß in Fällen, in denen die Ausschließung erst während der durch die Mobilisierung bedingten militärischen Dienstleistung des Mannes erfolgt ist, den Ehefrauen von Tage der Eheschließung an ein Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag zusteht, ebenso auch den Wahlkindern und Wahlältern der zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen, vorausgesetzt, daß die Annahme an Kindesstatt bereits vor Anordnung der allgemeinen Mobilisierung erfolgt ist.

Der Bürgermeister hat beantragt ein Schreiben an den Minister für Landesverteidigung zu richten mit der Bitte, daß auch in jenen Fällen, in denen die Adaption nicht formell vorgenommen wurde, also auch den Pflegekindern und Pflegeältern der Anspruch auf den Bezug des Unterhaltsbeitrages zuerkannt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete dann, daß am 3. Jänner d.J. die Gemeinderäte Neumann, Skaret und Kemmerling bei ihm erschienen seien, um sich wegen Ausschreibung der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen zu erkundigen. Der Bürgermeister ließ damals auf die Stellung der Regierung hin und betonte, daß das Ministerium des Innern im Hinblick auf die stimmigen gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse, durch die ein großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung an der Ausübung des Wahlrechtes behindert ist, bereits vor einiger Zeit die politischen Landesstellen allgemein angewiesen habe, in ihren Verwaltungsgebieten in nächster Zeit allenfalls vorzunehmende Gemeindevertretungswahlen bis auf weiteres zu verschieben. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die bisherigen Gemeinderäte solange fort zu funktionieren hätten, bis durch Neuwahlen die neuen Gemeindefunktionäre sich durch die

Annahme ihrer Mandate zum Antritt bereit erklären. Die Vertreter der Sozialdemokratie hätten sich sodann bereit erklärt, auf „Burgfriedenswahlen“ einzugehen, bei welchen der bisherige Besitzstand jeder Partei gewahrt bleibe. Diese Mitteilung der Sozialdemokraten habe der Bürgermeister dem Obmann Dr. Hein der liberalen Partei und später dem Obmann des Bürgerklub Oberkurator Steiner nach dessen Rückkehr von einer Reise zur weiteren Behandlung in ihren Klubs überreicht. Er ersuche nun die Vertreter der Klubs, sich zu diesem Gegenstande zu äußern.

Gemeinderat Neumann erklärt neuerdings, daß seine Partei unbedingt auf dem Standpunkte legaler Wahlen beharre, da nur durch solche die Autonomie der Gemeinde geschützt werden könne.

Oberkurator Steiner bringt den gestrigen einstimmig gefaßten Beschluß des Bürgerklubs zur Kenntnis, welcher lautet: Der Bürgerklub fordert die Vornahme der auf Grund des Gemeindestatutes der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fälligen Ergänzungsgemeinderatswahlen und zwar unter der Bedingung, daß der Burgfriede und der Besitzstand der im Gemeinderate vertretenen politischen Parteien parteimäßig und bezirkweise aufrecht erhalten bleibt.

Gemeinderat Dr. Hein bringt sodann den Beschluß seines Klubs zur Kenntnis. Derselbe lautet: Der Verband spricht sich für eine gesetzliche Verlängerung der abgelaufenen Gemeinderatsmandate auf Kriegsdauer aus, weil durch die Vornahme von Wahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt nach § 9 der Gemeindevahlordnung die aktiv dienenden Militärpersonen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären und es von der Bevölkerung als ein großes Unrecht angesehen werden müßte, daß diejenigen, welche dem Vaterlande das schwersten Opfer bringen, gerade wegen ihrer Kriegsdienstleistung in ihren staatsbürgerlichen Rechten geschädigt werden würden.

An diese Erklärungen der Parteien knüpft sich eine sehr lebhaft eingeleitete Debatte, bei welcher sowohl Gemeinderat Steiner wie auch von Gemeinderat Neumann nachdrücklich betont wird, daß durch die Abhaltung von Burgfriedenswahlen in keinerlei Weise das Recht der im Felde stehenden Wähler beeinträchtigt wird, da ja bei Burgfriedenswahlen der bisher bekannte Wille der Mehrheit der Wählerschaft zum Ausdruck kommt und kein Mensch behaupten könne, daß sich in zwei Jahren die Anschauungen der Wählerschaft so verändert hätten, daß eine andere Willensmeinung sich ergeben würde. Vor allem aber hätten die Wähler im Felde das größte Interesse, daß im Hinterlande geordnete, dem Gesetz und Statut entsprechende Verhältnisse bestehen und daß die Verhältnisse der Gemeindeverwaltung unter allen Umständen aufrecht bleiben. Beide Redner bezeichnen die Argumente der liberalen Partei als hinfällig. GR Dr. Hein gab die Erklärung ab,

er werde neuerlich über die Vorkommnisse der heutigen Obmännerkonferenz seinen Klub berichten und behalte sich vor, dem Bürgermeister sodann die Entscheidung der liberalen Fraktion bekannt zu

geben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner behält sich vor, an die Regierung zu berichten und von seinem Standpunkte der Regierung die Absicht bekannt zu geben, daß die fälligen Wahlen statutengemäß zur Ausschreibung zu bringen.

Weiters berichtete der Bürgermeister über die Frage der Wiedereinberufung des Gemeinderates und schlägt vor in der letzten Februarwoche eine Gemeinderatsitzung abzuhalten und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Genehmigung der Verfügungen des Bürgermeisters; und der in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Stadtratsbeschlüsse, die seit 22. September 1914 gefaßt wurden. 2. Nachträgliche Genehmigung der beiden vom Bürgermeister verfügten Budgetprovisionen. 3. Genehmigung eines Budgetprovisoriums für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1918. 4. Hauptrechnungsabschluss der Gemeinde Wien für die Periode 1914/15 und Hauptvoranschlag für die Periode 1915/16.

Die Obmännerkonferenz erklärt einstimmig, diesen Anträge des Bürgermeisters zuzustimmen und mit Rücksicht auf die außerordentlichen Zeit der Eriedigung dieser Tagesordnung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Sodann erstattet Magistratsrat Dr. Janžek einen eingehenden Bericht über die gegenwärtigen Milchverhältnisse und kommt zum Antrage, die Einführung der Milchkarte bis auf weiteres zu verschieben, dagegen den Magistrat zu beauftragen, die Ungleichheit, welche sich in einzelnen Bezirken zwischen Milchquantum und Bevölkerungsziffer ergibt, mit allem Nachdrucke auszugleichen. Auch diesem Antrage wird zugestimmt.

Oberkurator Steiner macht sodann den Bürgermeister aufmerksam, daß nach seinen Informationen die Gewährung einer Kriegszulage an die Staatsbeamten und Staatsangestellten seitens der Regierung in aller nächster Zeit zu gewärtigen sei und fragt, was der Bürgermeister hinsichtlich der kommunalen Angestellten zu tun gedenke. Der Bürgermeister erwidert, daß allerdings die Gemeinde Wien schon seit 1. Juni 1915 einen großen Kreis ihrer Angestellten Kriegszulagen ausbeteile, daß er jedoch den Magistrat bereits beauftragt habe, mit dem Finanzministerium Fühlung zu nehmen, und insofern, sich die staatlichen Zulagen von den kommunalen unterscheiden sollten, sofort unter Erstattung konkreter Vorschläge Bericht zu erstatten.

Kartoffelabgabe durch die Gemeinde Wien. In der Zeit vom 28. Jänner bis 3. Februar wurden von den Vorräten der Gemeinde Wien insgesamt 1.212.667 kg Kartoffeln an die Bevölkerung abgegeben. Davon entfallen 648.393 kg auf die einzelnen Märkte, 414.294 kg auf Parteien und 150.000 kg auf Genossenschaften.

Zum Empfange der dalmatinischen Huldigungsexpedition. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat folgendes Telegramm erhalten: „Bei der Rückkehr von der Huldigungsexpedition habe ich die besondere Ehre, noch einmal den wärmsten Dank für den glänzenden und gastfreundlichen Empfang seitens des dortigen Magistrates auszusprechen und zu versichern, daß die in Ihrer großen Residenzstadt Wien zugebrachten Tage in unserem Gedächtnisse unauflöschlich bleiben werden.“

Für die Gemeinde Spalato: Dr. Franz Madirazza.“

Städtische Anskunfte für Sommerwohnungen. In der städtischen Anskunfte für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Jänner d.J. insgesamt 703 Wohnungen angemeldet und 14 Wohnungen vermietet. Die Anskunfte an Wohnungsuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Gefallene Angestellte der Gemeinde Wien. In der letzten Zeit haben nachstehende Angestellte der Gemeinde Wien den Heldentod gefunden: Volksschullehrer Anton Miller (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1), Aufseher des 5. städtischen Waisenhauses Hermann Wiesner (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4), die Schaffner der Straßenbahnen Laurenz Panoph (Gefreiter im Inf.-Reg. Nr. 4), Ludwig Scheuch (Vormeister im Feldkanonen-Reg. Nr. 5), die Hilfsarbeiter der Straßenbahnen Leopold Sayko (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1), Franz Schantl (Korporal im Husaren-Reg. Nr. 16), Martin Strack (Kampfnis-Tambour im Inf.-Reg. Nr. 49), Schmied der Straßenbahnen Johann Schrom (Infanterist im Terr.-Landst.-Bat. Nr. 9), Lackierer der Straßenbahnen Josef Stifter (Infanterist im Inf.-Reg. Nr. 99), Professionsist der Elektrizitätswerke Leopold Matska (Artillerist im Festungs-Art. Reg. Nr. 4), Hilfsarbeiter der Elektrizitätswerke Wilhelm Salmayer (Trainsoldat bei der Kriegsbrückenequipage Nr. 81), Ritzer der städt. Steinbrüche in Oberbezirk Johann Schatz (Infanterist im Landst.-Inf.-Reg. Nr. 2), städtischer Nachtstraßenarbeiter Josef Fridal (Infanterist im Inf.-Reg. Nr. 54).

Belobung von Lehrpersonen. Der n.ö. Landesschulrat hat der Arbeitslehrerin an der Bürgerschule für Mädchen 3. Bezirk Distingergasse 36, Marie Kraft, der Arbeitslehrerin an der Volksschule für Mädchen 10. Bezirk Randhartingergasse 17, Sofia Schwarz (in aushilfweiser Verwendung an der Volksschule 3. Bezirk Petrusgasse 10) und der Arbeitslehrerin an der Volksschule für Mädchen 3. Bezirk Löwengasse 18 b, Anna Wisgrill, für ihr eifriges Wirken im Dienste der Kriegsfürsorge die belobende Anerkennung ausgesprochen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur F. Micheu.

Wien, 8. Februar 1916.

Interimsausgabe.

Löbliche Redaktion!

Der Bericht über die heutige Obmänner-
konferenz liegt noch bei der Zensur. Da ich laut
Auskunft des Staatsanwaltes nicht weisse, ob ich ihn
noch heute frei bekomme, geht Ihnen einstweilen fol-
gende Interimsausgabe zu.

Hochachtungsvoll

F. Micheu.
